Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsschwierigkeiten und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13593, Emil Schlegel / Chefredaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—5 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dienstag, den 21. Dezember 1926 — Nummer 285

Ein dreister Schwindel

Antibolschewistische Entlastungsoffensive der linken SPD

Zur gleichen Zeit, da die sozialdemokratischen Führer im Reich die Vorbereitungen zur Großen Koalition treffen, wird eine neue sozialdemokratische Offensive gegen die Kommunisten eingeleitet und mit aller Heftigkeit durchgeführt. Das ist nicht ein ungefähr. Der Zweck der Uebung ist klar. Es war schon immer das beliebte Mittel der SPD-Führer, die Betrügereien an den Arbeitern und die Preisgabe proletarischer Interessen unter dem Nebelschleier gesteigerter Kommunistenhetze zu vollziehen. Man braucht ein Ablenkungsmanöver, um die Arbeiter an der Stange zu halten. An der Seite der Bourgeoisie gibt es nun einmal nichts anderes als den Kampf gegen die Partei der Revolution. Das Bündnis mit den Parteien des Bürgertums verpflichtet die sozialdemokratischen Führer, die Front gegen die Arbeiter zu richten, und je offener die SPD ins Lager des Bürgertums einschwenkt, um so heftiger und skrupelloser führt sie ihren Kampf gegen die Kommunisten. „Haltet den Dieb!" das ist auch jetzt wieder die beliebte Methode, mit der die politischen Betrüger unerkannt davonzukommen glauben. Die berüchtigte antibolschewistische Lügenzentrale hat in der sozialdemokratischen Führerschaft ihren Meister gefunden. So unverfroren und raffiniert, so dreist und durchtrieben ist seit dem Kriege in Deutschland noch nicht wieder geschwindelt worden, wie es jetzt die SPD-Führer mit ihrer Hetze gegen Sowjetrußland tun. Man hofft gegen den Staat der Arbeiter und Bauern und will damit die Kommunisten treffen. Der neueste Schlager sind die „gefälschten Sowjetgranaten". Obwohl die von Stampfer und Breitscheid gefertigten „Enthüllungen" des Manchester Guardian absolut wirkungslos geblieben sind, versucht die sozialdemokratische Führerschaft sie erneut aufzuputzen und mit neuen Gemeinheiten garniert den Arbeitern schmackhaft zu machen.

Es ist nicht notwendig, noch einmal sachlich zu diesen angeblichen Enthüllungen der SPD über die Sowjetgranaten zu sprechen. Wir haben erst gestern die Gemeinheit der Schwindeleien mit der Erklärung des Genossen Pieck im Preußischen Landtag aufgezeigt. Es gibt kaum einen ernsthaft denkenden Arbeiter, der auf diesen Gaunertrick hereingefallen wäre. Selbst die Verfasser und ihre Verbreiter glauben nicht an diese Gemeinheit. Wenn sie gefragt, erklären sie jedesmal, „daß man im Ernste solche Dinge nicht behaupten könne".

Worauf es den Herrschaften ankommt, ist Verwirrung in die breiten Schichten der Massen zu tragen, und obwohl die Unehrlichkeit dem Schwindel offen an der Stirn geschrieben steht, ist der Gesellschaft keine Schamlosigkeit groß genug und kein Fetzen zu schmutzig, um mit solchen Methoden die im Werden begriffene Einheitsfront der Arbeiter zu zerschlagen. Die SPD-Führer versuchen damit die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung des Silverberg-Programms der Trustherren zu erfüllen.

Gestern bringt die Dresdner Volkszeitung den Schwindel in neuer Auflage. Wir glauben nicht, daß dieses Pamphlet von dem „kommunistischen Doppelspiel" dem Gehirn der Redakteure der „linken" Volkszeitung entsprungen ist. Und es ist um so schlimmer, daß die Volkszeitung für ihre Kommunistenhetze die billige Kost mit Vorliebe aus dem sozialdemokratischen Presseamt bezieht. Man hat dazu alle Ursache. Man möchte es mit dem Parteivorstand nicht verderben. Nur keinen Kampf mit den Führern gegen die koalitionslüsternen Führer. So wie Liebmann vor kurzem im Landtag die Parteigenossen der Wels und Genossen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter in Schutz nahm und deckte, so bezieht jetzt die Volkszeitung die geistigen Waffen aus dem Arsenal des Parteivorstandes zur Bekämpfung der Kommunisten. An der Spitze des Aufsatzes, der gestern in der Volkszeitung und in ihren Ablegern erscheint, bringt man ein gefälschtes Zitat aus der Rede der Genossin Klara Zetkin im Reichstag 1925. Die „linke" Volkszeitung schämt sich nicht, die greise Klassenkämpferin zum Kronzeugen ihrer antibolschewistischen Gemeinheiten zu stempeln. Einige der „linken" sozialdemokratischen Redakteure scheinen Gewissensbisse bekommen zu haben, und es ist bezeichnend, daß es ausgerechnet die Dresdner Volkszeitung ist, die an der Spitze des Aufsatzes mit den gefälschten Zitaten den Arbeitern die Richtigkeit ihrer Kommunistenhetze glaubhaft zu machen sucht. Das sächsische Volksblatt, das Organ des „linken" Seydewitz, war klüger. Ihm war der Schwindel doch zu dumm. Die Chemnitzer Volksstimme, die von dem „linken" Böchel redigiert wird, hat bis heute die neue Bombe noch nicht gezündet. Die Volkszeitung aber schnappt gierig nach jedem Happen.

Was soll man zu dieser Sorte „linker" Führer sagen, die dreist und frech behaupten, daß die Kommunistische Partei Anweisung gegeben hätte, in den Reichstagswahlkämpfen 1924 die Völkischen nicht zu bekämpfen, und daß die Aufstellung des kommunistischen Präsidentschaftskandidaten Thälmann bewußt von Moskau angeordnet worden sei, um die Wahl von Marx zu verhindern. Diesen Schwindel glaubt dieselbe Volkszeitung den Arbeitern vorsetzen zu können, die 1924 gegen Marx Stellung nahm. Uebertroffen aber werden diese Niederträchtigkeiten von dem angeblichen Zitat aus der Rede der Gen. Klara Zetkin, nach der sie gesagt haben soll: „Unter Umständen muß auch ein Zusammenwirken zwischen Reichswehr und Roter Armee zustandekommen." Höher geht es wahrhaft nicht. Wenn man schon mit so dummdreisten Methoden eine faule Sache verteidigt, dann muß es wahrhaftig schlimm bestellt sein. Doch hat der Schwindel auch keinen Sinn, so hat er doch Methode! Worauf kommt es diesen traurigen „linken" Helden an? Nun, — die Absicht liegt klar zutage. Der Widerstand in den eigenen Reihen gegen die Politik des Parteivorstandes, der nicht nur im Reiche, sondern auch in Sachsen zur Großen Koalition kommen will, soll gebrochen werden. Die „linken" Führer in Sachsen versuchen, mit dieser Hetze die notwendige Stimmung zu schaffen, um ihr Einschwenken in die Koalitionsfront um so leichter vollziehen zu können. Darauf läuft alles hinaus. Der Kampf, der in den letzten Wochen in der sozialdemokratischen Presse gegen die Kommunisten geführt wird, zeigt klar, wohin der Kurs der „linken" Führer geht. Man glaubt, das Organisationsgefüge der SPD, das sich infolge der Koalitionspolitik des Parteivorstandes und der Feigheit der Linken in voller Zersetzung befindet, mit dieser Kommunistenhetze zusammenhalten zu können. Doch das Spiel ist vergebens. Alle die Versuche werden fehl schlagen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben das Doppelspiel ihrer „linken" Führer erkannt. Die Schurkereien, die man jetzt gegen die Kommunisten anwendet, werden nichts nützen, auch wenn die Hetze in noch verstärktem Maße fortgesetzt wird. Die „linken" sozialdemokratischen Führer in Sachsen stehen vor der Entscheidung, mit oder gegen den Verrat des Parteivorstandes an den Interessen der Werktätigen, für oder gegen die Koalitionspolitik mit dem Bürgertum.

Regierungsbildung — Machtfragen

Die Hindenburg-Republik erfreut sich seit Freitag einer „geschäftsführenden Regierung". Der gestürzte Marx führt auf fünf Wochen mindestens die Kabinettsgeschäfte weiter, weil Hindenburg nichts überstürzt. Der Regierungszustand ist derselbe wie in Sachsen. Auch bei uns regiert Heldt nur noch als geschäftsführender Ministerpräsident. Eine neue Regierung kommt nicht zustande. Der Landtag erweist sich als unfähig, ein neues verfassungsmäßiges Kabinett zu bilden.

Das Kabinett Marx, das ungefähr das Jahr 1926 ausgehalten hat, ist, ob als verantwortlichen, ob als geschäftsführendes Ministerium nur der Ausdruck des schwankenden Kräfteverhältnisses zwischen den entscheidenden Klassen der Gesellschaft: Zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Marx-Regierung ist die Verlegenheitslösung der Parlamentsparteien aus einer Krise gewesen, die sie schließlich nur wieder in die Verlegenheiten einer neuen Krise zurückgeführt hat.

Wenn sie jetzt stürzt, so deshalb, weil jenes labile Kräfteverhältnis zwischen den Klassen von beiden Seiten angegriffen wird: Sowohl von der Bourgeoisie in ihrem bewußtesten Teil — den Deutschnationalen und den Volksparteilern, wie von der Arbeiterklasse, die sich gegen den Nationalisierungsdruck immer entschiedener zu wehren beginnt.

•

Es handelt sich bei der Regierungskrise nicht, wie die sozialdemokratischen Zeitungen hinzustellen belieben, um die Errechnung parlamentarischer Minderheitsverhältnisse. Es handelt sich um die Lösung von Machtfragen. Der demokratische Berliner Börsen-Courier begreift das besser als der Vorwärts, wenn er schreibt, daß das Nachdenken über die Lösung der Krise sich nicht so sehr auf das Zahlenspiel als darauf richten müsse:

„die Fragen zu beantworten, die der eigentliche Gegenstand dieser, durchaus nicht zufälligen, Krisis war: Fragen der Wehrordnung, der Wirtschaftsordnung, der Macht. Sie sind fällig geworden."

In der Tat: Diese Fragen sind längst fällig geworden. So sehr sind sie fällig geworden, daß die konterrevolutionäre Berliner Börsenzeitung genau so wie die Hugenberg-Presse an Hindenburg appelliert, den starken Mann zum Reichskanzler zu machen. Es würde der Berliner Börsenzeitung als selbstverständlich erscheinen:

„daß der Reichspräsident die Regierung Deutschlands sicher stellt und einen Mann seines Vertrauens zum Reichskanzler ernennt, der solange im Amte bleibt, bis sich wieder eine neue Reichstagsmehrheit bildet."

Als diesen Diktator, der die Machtfragen, die der Börsen-Courier aufzählt, für die Konterrevolution entscheiden soll, nennen Hugenberg und Börsenzeitung den Herrn Luther, der gerade zurzeit zu Schiff von Argentinien zurückkommt, den Mann, der die Hindenburg-Republik mit der schwarz-weiß-roten Fahne geschmückt hat.

•

Machtfragen sind fällig. Wo und wie werden sie entschieden? Durch Kuhhandel im Reichstag? Dadurch, daß Hermann Müller, Wels und Hilferding sich mit Scholz, Koch und Wirth zusammensetzen und beratschlagen, wie man an Stelle der gestürzten Marx-Regierung, die noch auf fünf Wochen die Geschäfte führen darf, eine neue Regierung der Mitte ohne Marx, aber mit dem gleichen Programm der Geschäftsführung für die Bourgeoisie ausrechnen kann?

Der parlamentarische Kuhhandel, den die Sozialdemokraten jetzt wieder planen, der für sie Ausgangspunkt und Ziel ihres Mißtrauensvotums gegen Marx gewesen ist, damit die Bahn für die Große Koalition frei werde, kann, wenn er Erfolg hat, die Entscheidung nur so bringen, daß sie zugunsten der Bourgeoisie fällt.

Die Wehrordnung: Glauben die sozialdemokratischen Reformisten im Ernst, daß sie dadurch geändert wird, daß Geßler verschwindet und irgendein Kitzl an seine Stelle kommt? Die Wehrordnung wird nicht im luftleeren Raum geregelt. Sie ist der unmittelbarste Ausdruck der Kräfteverhältnisse in dieser Republik. Und solange diese Kräfteverhältnisse nicht geändert sind, bleibt die Geßlerei auch ohne Geßler.

Die Wirtschaftsordnung: Glauben die sozialdemokratischen Reformisten ernsthaft, daß sie, wenn sie eine neue Regierung der Mitte vielleicht ohne Brauns als Arbeitsminister zeugen, sie auch nur einen Schlichter bestimmen, einen Schiedsspruch zugunsten der Arbeiter zu fällen. Glauben sie, daß sie durch Regierungskombinationen, die sich auf diesen Reichstag beschränken, auch nur das Arbeitszeitnotgesetz des ADGB verwirklichen, die Textil- und Schuharbeiteraussperrungen verhindern können? So wenig glauben sie es, daß sie in der ganzen Reichstagsdebatte, die zum Sturz von Marx geführt hat, diese für die Existenz der deutschen Arbeiterklasse entscheidenden Fragen, mit deren Beantwortung die Abwehr der kapitalistischen Rationalisierung zu beginnen hat, nicht mit einem Wort erwähnten. Sie haben Geßler auf den Vordergrund der politischen Bühne gestellt, um in der brennenden Frage der Arbeitszeit Gewehr bei Fuß zu stehen.

Die sozialdemokratischen Führer, deren ganzes politisches Programm sich in der Wiederherstellung einer Regierung der Mitte, nur mit anderen Ministern, sich täglich erschöpft, einer neuen Minderheitsregierung, geboren aus der Unfähigkeit, die entscheidenden Fragen, die zur Marx-Krise geführt haben, wirklich auch nur zu stellen, diese Herrschaften wissen nur einen Weg, um aus der Verlegenheit einer Minderheitsregierung zu einer ihrer Demokratie entsprechenden Mehrheitsregierung zu kommen: die Große Koalition, die durch eine neue Regierung der Mitte vorbereitet werden soll.

Die Lage in Litauen

Einem Bericht der Vossischen Zeitung entnehmen wir über den Umsturz in Litauen u. a. folgendes: „Die Proklamation der Militärregierung hat folgenden Wortlaut: An die Bevölkerung! Die litauische Armee, die ihr Leben für ihr Vaterland opferte, ist auch jetzt bereit, ihr Blut für die Unabhängigkeit Litauens zu vergießen. Sie hat sehen müssen, daß der jetzige Sejm und die Regierung das Vaterland an Bolschewisten und Fremdstämmige verkaufen wollte. Sie hat deshalb den Beschluß gefaßt, vorübergehend die Macht zu übernehmen und das Staatsruder den Händen wahrer und nationalgesinnter Söhne Litauens zu übergeben. In ganz Litauen wird hiermit der Kriegszustand erklärt, in Kowno der Ausnahmezustand. Die zeitweilige Militärregierung.

Sämtliche Arbeiterzeitungen wurden verboten, über 100 Personen, darunter viele Gewerkschaftsführer, verhaftet.

•

Die polnischen Imperialisten haben ihre Hände im Spiel

Moskau, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Izwestija schreiben zum Staatsstreich in Litauen: „Seine Wurzeln liegen in Warschau. Vielleicht noch in einigen anderen Hauptstädten Europas. Der Umsturz in Litauen ist der Beginn eines Schauspiels, dessen Verlauf zu unterlegt die Zerstörung der Unabhängigkeit und die Aufsaugung Litauens durch die Polen bringen wird, die eine Ausdehnung nach Osten erstreben."

•

Blutiger Kampf in Litauen

Riga, 21. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Eine Reihe von Regimentern und Garnisonen haben sich auch wie vor der neuen Putschregierung noch nicht angeschlossen. Die der alten Regierung ergebenen Truppen sammeln sich in Rajgrodas und Schaulen zum Aufmarsch nach Kowno. Nach polnischen Meldungen sollen in Litauen blutige Kämpfe ausgebrochen sein. Diese Nachrichten sind jedoch mit größter Vorsicht aufzunehmen, da Polen einen Vorwand zum Eingreifen sucht. Im Gebiet von Wilna sollen Kommunisten und Sozialdemokraten die Arbeiterschaft gegen den Putsch mobilisiert haben. Bezeichnenderweise sprechen nicht nur die polnischen Zeitungen, sondern auch die litauischen Putschisten selbst von einer drohenden kommunistischen Gefahr. Damit ist die antisowjetistische Tendenz des gesamten Unternehmens erneut bewiesen. Es wird immer deutlicher, daß von Anfang an zwischen den polnischen Imperialisten und den Führern des litauischen Putsches enge Beziehungen bestanden haben.

Putschvorbereitungen auch in Lettland

Riga, 20. Dezember. (Telunion.)

Im Zusammenhang mit dem Umsturz in Litauen sind Gerüchte im Umlauf, daß auch in Lettland ein ähnlicher Umsturz erfolgen werde. Diese Gerüchte werden vom Stadtkommandanten der Stadt Riga entschieden dementiert.

Imperialistischer Block gegen China

London, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Auf der Zusammenkunft des diplomatischen Korps in Peking übergab der englische Gesandte den dort zur Zeit anwesenden Gesandten eine Note über die Politik in China, deren Inhalt geheim gehalten wird. Nach dem Daily Telegraph setzt sich England für ein bezirksweises Abkommen mit den einzelnen Machthabern Chinas ein auf Grund der Lage des Washingtoner Vertrags und des Ergebnisses der Zollkonferenz von Peking. Das bedeutet den Versuch der Schaffung des imperialistischen Blocks gegen China und das Angebot der Beteiligung der Geschwader an die Adresse Amerikas.